

Redebeitrag von BEFORE für die Gedenkkundgebung zum Gedenken an Corinna Tartarotti am 07.01.2022

Liebe Freund*innen und Genoss*innen, liebe Initiator*innen der Gedenkkundgebung.

Vielen Dank, dass ihr heute Abend da seid. Vielen Dank für euren Einsatz, Verantwortung zu übernehmen, damit das Erinnern und Gedenken an Betroffene neonazistischer und rassistischer Gewalt eine kraftvolle, antifaschistische Stimme bekommt.

Seit 2016 stehen wir als Beratungsstelle BEFORE Betroffenen von rechter, gruppenbezogen menschenfeindlicher Gewalt und Diskriminierung in München zur Seite. Wir unterstützen dabei auch Angehörige, Hinterbliebene und überlebende Betroffene von rechten Attentaten. So vielschichtig die Formen der Trauer auch sein mögen, so unterschiedlich der Umgang mit dem schmerzhaften Verlust von Familienangehörigen oder Freund*innen auch ist: viele Hinterbliebene und Betroffene eint der starke Wille, der uns auch heute auf die Straße gebracht hat: Es darf kein Vergessen geben. In der Erinnerung an ihre Lieben, aber auch hinsichtlich der Forderung an Gesellschaft und Politik, entschlossen gegen rechten Terror, gegen rassistische und faschistische Gewalttaten und Mordanschlägen vorzugehen. Betroffene und Angehörige dürfen nicht im Stich gelassen werden.

Heute, am 38. Jahrestag des Anschlages auf die Bar Liverpool, gedenken wir der getöteten Corinna Tartarotti und der mindestens 14 weiteren Menschen, die dem mörderischen Hass der selbsternannten „Gruppe Ludwig“ zum Opfer fielen. Wir gedenken auch Oury Jalloh, der am 07. Januar 2005 in einer Polizeistation in Dessau umgebracht wurde. Einem solchen, gemeinsamen und vernetztem Gedenken, wohnt eine starke Kraft inne. Es stärkt diejenigen, die gegen das Vergessen ankämpfen und es möglich machen, ein würdevolles Erinnern aufrecht zu erhalten. Ebenso zeigt es die vielen Parallelen des behördlichen und politischen Versagens und Unwillens im Kampf gegen Rassismus und rechter Gewalt.

Es zeigt uns auch die traurige Kontinuität des rechten Terrors in München und in ganz Deutschland: das Oktoberfestattentat von 1980, der Anschlag auf die Bar Liverpool, die Morde des NSU. Das rassistische Attentat am Olympia-Einkaufszentrum in München im Jahr 2016. Die Anschläge von Hanau und Halle. Kontinuitäten finden wir dabei in den Ideologien und Netzwerken der Täter*innen.

Immer wieder produziert rechter Terror unzähliges und unerträgliches menschliches Leid. Und immer wieder kommt es vor, dass das Handeln von Staat und Behörden durch Missachtung oder gar Kriminalisierung von Angehörigen dieses Leid reproduziert und weiter

vertieft. Das muss ein Ende haben! Verantwortliche und Entscheidungsträger*innen in Politik, Behörden und Institutionen müssen längst erkannt haben, wie sehr Menschen unter diesen strukturellen Bedingungen leiden. Und sie müssen endlich Konsequenzen daraus ziehen.

Um rechten Terror verstehen und bekämpfen zu können, müssen die Perspektiven von Betroffenen ernst und ihre Stimmen gehört werden. Nur so lässt sich das Wirken von rechtem Terror und seine Realität fassen, nur so kann eine solidarische Gesellschaft entstehen, in der Betroffene und Hinterbliebene Anerkennung und Unterstützung erfahren. Doch bis heute müssen viele Überlebende und Hinterbliebene von Anschlägen für ihre Entschädigung einen mühsamen und leidvollen Weg beschreiten. Viel zu oft wird uns in der Beratungsstelle davon berichtet, dass sich Betroffene wie Bittsteller*innen gegenüber Ämtern und Behörden fühlen. Dass sie sich immer wieder dazu gezwungen sehen, sich zu rechtfertigen, warum sie therapeutische, medizinische, finanzielle oder andere Formen sozialstaatlicher Unterstützung benötigen, auf die sie einen Anspruch haben oder haben sollten. Eine Fürsorge, die niedrigschwellig, kontinuierlich und mit Blick auf die individuellen Bedürfnisse von Betroffenen angeboten werden sollte und angeboten werden muss.

Unsere Erfahrungen in der Beratungsstelle vermitteln einen Eindruck davon, wie enorm sich die Folgen eines Anschlages auch noch nach Jahren oder gar Jahrzehnten auf das Leben von Betroffenen auswirken. Und wie lange und ausdauernd oftmals um Anerkennung und Entschädigungen gerungen werden muss. Wir fordern daher endlich ein entschlossenes und nachhaltiges Vorgehen von Politik und Behörden, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, Betroffenen zuzuhören und Unterstützung zu leisten.

Eine Entschlossenheit, wie sie von zivilgesellschaftlichen Gruppen wie der Antisexistischen Aktion München und der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh seit Jahren gezeigt wird, um an Corinna Tartarotti und Oury Jalloh zu erinnern und ihr Leben nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

So wie auch eine Vielzahl von Betroffenen und Hinterbliebenen von rechtem Terror den langen und schweren Weg des Erinnerns gehen, um gegen das Vergessen anzukämpfen. Dies verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung. Unabdingbar ist dabei unsere gemeinsame Solidarität – denn Erinnern und Gedenken ist mehr als die Bewältigung von Trauer. Es ist auch immer eine Aufforderung zur Veränderung.

Vielen Dank.